

Soziale-Beitung.

Druck- und Verlags-Betrieb.

Verleger:
Dr. G. Schönlank, Leipzig, Mittelstr. 17.
Dr. G. Schönlank, Leipzig, Mittelstr. 17.
Dr. G. Schönlank, Leipzig, Mittelstr. 17.
Dr. G. Schönlank, Leipzig, Mittelstr. 17.

Bündnisse?

„Wahrscheinlich noch keine befriedigende Antwort auf die Frage gegeben worden, was England ein so riesiges System von Ententen gegen Deutschland aufbaut, da kein vernünftiger Mensch auch nur zu behaupten wagt, das deutsche Volk plane einen Seekrieg gegen England oder einen Landkrieg gegen seine Nachbarn. Bei dieser Entente werden zweifellos die Segnungen des Friedens geerntet werden, aber sie bringen trotzdem doch ein starkes Element der Unbegreiflichkeit in die Welt und vertiefen die Gegensätze, die ohnehin zwischen den Völkern bestehen.“
(Neue Freie Presse, Wien.)

Die Zusammenkunft des Zaren mit König Edward in Reval hat — wie wir schon vor einigen Tagen an dieser Stelle ausführlich — ohne Zweifel politische Bedeutung. Das bezeugen schon die Taufe, die Edward und Nikolaus gestern gemeinsam hatten. Ueberhaupt tritt nunmehr auch die russische Presse aus ihrer Fresse heraus und schlägt recht scharfe Töne gegen Deutschland an; nur vereint werden Stimmen laut, die vor einer Abenteuerpolitik warnen und betonen, daß bei einem russisch-deutschen Konflikt England als tertius gaudens ruhig zusehen und den Gewinn einheimen würde. Seit längerer Zeit ist England demütigt, seine eignen Interessen durch Abmachungen mit anderen Staaten zu schützen und es hat dabei erhebliche Erfolge erzielt. In einem freundschaftlichen Einvernehmen mit Frankreich sieht das Ausland gegenwärtig die Grundlage seiner europäischen Politik. Es ist so gut wie sicher, daß eine englisch-französische Militärkonvention abgeschlossen ist, und es ist wahrscheinlich, daß in Reval ähnliche Fragen behandelt sind. Den Franzosen wird eine solche Konvention vielleicht als willkommener Erlaß für das augenblicklich imaginierte Bündnis mit Rußland, den Engländern vielleicht als Schutz vor der ihnen gegenseitlich gepredigten Gefahr der „Invasion“ erscheinen. Und der noch auf dem Papier stehende Vertrag zwischen Frankreich und Rußland könnte zugleich erklären, weshalb das Zarenreich in diese Verhandlungen einbezogen wird.

Sollten die Meldungen den Tatsachen entsprechen, so könnte man sich nicht darüber täuschen, daß die Abmachungen ihre Spitze gegen Deutschland richten. Sie könnten allenfalls als der Nachhall jener Stimmung gelten, die während der Krisis in der marokkanischen Frage herrschte; durch die heutigen Verhältnisse würden sie nicht begründet. Eine Besserung in den Beziehungen zwischen Deutschland und England ist unverkennbar. Auch zwischen Deutschland und Frankreich ist seit der Konferenz von Algésiras nichts vorgekommen, was den Anlaß bieten könnte, mit einer baldigen Kriegsmöglichkeit zu rechnen. Man darf annehmen, daß England und Frankreich einen Krieg ebensowenig wünschen wie Deutschland, und deshalb würde man nicht überall sofort verstehen, weshalb eine Militärkonvention geschlossen würde für einen Fall, den niemand wünscht, noch dazu in einem Augenblick, wo jenseits des Kanals vielfach das Verlangen ausgedrückt wird, die unausgesetzten Ränkungen der Völker durch diplomatische Vereinbarungen zu bestrafen.

Aber so unerwartet auch der Abschluß einer englisch-französisch-russischen Militärkonvention als Zeichen unbedingten Mißtrauens gegen Deutschland wäre, so braucht doch nicht die Beforgnis zu entstehen, daß auf die Konvention die Probe gemacht würde. Sie kann für Frankreich daselbst sein wie lange Zeit sein Bündnis mit Rußland. Als der Abschluß dieses Bündnisses erfolgte, erklärte der damalige Reichskanzler, Graf Caprivi, man brauche sich darüber nicht zu beunruhigen. Indem Frankreich die Ueberzeugung gewinnt, wieder eine ebenerbürtige Großmacht zu sein, werde es von Kriegsplänen eher abgelenkt, als daß es ihnen geneigt würde. Diese Voraussetzung hat sich als zutreffend erwiesen. Und für England kann der Hinweis auf den festen Rückhalt an Frankreich unter Umständen selbst als Schutz gegen die unheimlichen Stürme und Kräfte, die unablässig nach einer Verklärung der Streitkräfte gegen die Möglichkeit eines deutschen Ueberfalls auf die britischen Küsten rufen, von Belang sein. Jedenfalls ist dem britischen Kabinett nicht zu vertrauen, daß es eine Koalition schaffen wolle, um Deutschland mit Krieg zu überziehen.

Da Deutschland weit entfernt ist, eine Politik zu treiben, die den Frieden fördern soll, aber stark genug ist, sich gegen ungeduldige Angriffe nachdrücklich zu wehren, wird es der Entwicklung der Dinge mit der Zuversicht des guten Gewissens entgegengehen. Daran werden auch die schmerzhaften Betrachtungen über die Sinnlosigkeit des Dreubündnis nichts ändern. Darüber ist man längst einig, daß der Dreubund ein gutes Einvernehmen zwischen Italien und anderen Staaten nicht hindert, und wenn es hier und da zwischen den Verbündeten Deutschlands vorübergehende Reibungen gegeben hat, so waren sie nicht von der Art, das Bundesverhältnis in Frage zu stellen. Auch als nach der Konferenz von Algésiras manches scharfe Wort über Italiens Haltung gesprochen wurde, nahm man in Rom

keine Gelegenheit, die Zweifel an der Bundesstreue zu zerstreuen.

Doch wie es auch um die Gruppierung der Mächte stehe, und welche Fäden sich auch von London über die Meere hinweg bis nach dem fernen Osten spinnen mögen, die Erfahrung hat gelehrt, daß die bisherigen Systeme der Bündnisse dem europäischen Frieden nicht gefährlich geworden sind, und die Hoffnung wird begründet erscheinen, daß auch neue Abmachungen nicht bestimmt sind, den Frieden des Weltteils zu stören. Allenfalls gehen die Völker der werdenden, schaffenden Arbeit nach; in vielen Ländern zeigt das wirtschaftliche Leben zur Zeit einen erfreulichen Aufschwung; bei zahlreichen Belägen haben und drüben hat sich das Verlangen, Mißverständnisse und Mißbilligkeiten zu beseitigen, kräftig betätigt. Da wird keine Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt ist, Tatkraft schießen wollen, die der Volkstasche bedrohlich werden. Und schließlich, wenn dem Dreubund die Tragkraft abgesehen wird, größere Tragkraft wird auch den Verbindungen anderer Mächte nicht zukommen und auch ihre Verträge und Konventionen werden vom Wandel der Zeit nicht unberührt bleiben.

Der Ehrenadmiral.

London, 11. Juni. Wie das Reutersche Bureau meldet, verlassen die englischen Kriegsschiffe um 3 Uhr morgens Reval. Es wurde kein Salut gefeuert. Beim Diner machte der Kaiser bekannt, daß er den König zum Admiral der russischen Flotte ernannt habe.

Die Stichwahlen in Berlin.

Die Wahlen von 7 freirepublikanischen und 5 sozialdemokratischen Abgeordneten gesichert. — Zwei Stichwahlen.

Am 12. Berliner Wahlkreis wurde bis zum späten gestrigen Abend von sämtlichen Parteien mit Hochdruck gearbeitet. Die Sozialdemokraten hatten zwar erkannt, daß es ihnen nicht gelingen würde, in den 28 Stichwahlbezirken eine genügende Wahlmännernzahl durchzubringen, um sich das Verbot zu sichern, andererseits versuchten sie jedoch, eine möglichst hohe Zahl von Mandaten zu erringen, um vielleicht infolge von Ungleichheitsverhältnissen von Wahlmännern wählen der gegnerischen Parteien eine absolute Majorität für die Hauptwahl zu erlangen. Dagegen war für die bürgerlichen Parteien das Ergebnis der Stichwahlen darin entscheidend, welche der drei mit der Sozialdemokratie um die Siegesspalme zu ringen habe. Die Konserverativen hatten, wie bereits gemeldet, mit den Nationalliberalen einen dahingehenden Vergleich abgeschlossen, daß diejenige Partei, die die größere Wahlmännernzahl erzielt, in der Hauptwahl von der anderen unterstützt wird. Die endgültigen Resultate sind folgende:

- 1. Berliner Wahlkreis.** Die Wahl des freirepublikanischen Kandidaten ist gesichert.
- 2. Berliner Wahlkreis.** Desgleichen.
- 3. Berliner Wahlkreis.** Zu wählen 488 Wahlmänner. Gewählt sind freil. Volksp. 288, Soz. 188, nicht zulaufende kommen 12. Somit ist die Wahl des Direktors Kopff (frei. Volksp.) gesichert.
- 4. Berliner Wahlkreis.** Zu wählen 490 Wahlmänner. Gewählt sind freil. Volksp. 310, Soz. 179, nicht zulaufende kommen 1. Somit ist die Wahl von Dr. Müller-Sagan (frei. Volksp.) gesichert.
- 5. Berliner Wahlkreis.** Zu wählen 541 Wahlmänner. Gewählt sind freil. Volksp. 284, Soz. 304, nicht zulaufende kommen 3. Somit ist die Wahl des Stadtbr. Wargmann (Soz.) gesichert.
- 6. Berliner Wahlkreis.** Zu wählen 742 Wahlmänner. Gewählt sind freil. Volksp. 354, Soz. 386, nicht zulaufende kommen 2. Somit ist die Wahl des Rentiers Seimann (Soz.) gesichert.
- 7. Berliner Wahlkreis.** Zu wählen 677 Wahlmänner. Gewählt sind freil. Volksp. 312, Soz. 365. Somit ist die Wahl des Schriftstellers Paul Hertz (Soz.) gesichert.
- 8. Berliner Wahlkreis.** Zu wählen 925 Wahlmänner. Gewählt sind freil. Volksp. 559, Soz. 358, nicht zulaufende kommen 13. Somit ist die Wahl des Justizrats Cassel (frei. Volksp.) gesichert.
- 9. Berliner Wahlkreis.** Zu wählen 592 Wahlmänner. Gewählt sind freil. Volksp. 178, Soz. 405, nicht zulaufende kommen 9. Somit ist die Wahl des Redakteurs Stöbel (Soz.) gesichert.
- 10. Berliner Wahlkreis.** Wahl des freirepublikanischen Kandidaten Rosenow gesichert.
- 11. Berliner Wahlkreis.** Zu wählen 486 Wahlmänner. Gewählt sind freil. Volksp. 130, Soz. 346, nicht zulaufende kommen 10. Somit ist die Wahl des Rechtsanwalts Dr. Liebmann (Soz.) gesichert.
- 12. Berliner Wahlkreis.** Einschließlich der heute gewählten Wahlmänner sind nach vorläufiger Zählung insgesamt 195 freirepublikanische und nationalliberale und 337 sozialdemokratische Wahlmänner gesichert worden. Von 19 Wahlmännern ist die Verteilung unbekannt. Stichwahl zwischen dem freirepublikanischen und sozialdemokratischen Kandidaten gibt als sicher. Nizdort-Schöneberg. Bei den Stichwahlen sind 45 bürgerliche und 30 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt

morden, sobald Stichwahl zwischen freirepublikanischen und sozialdemokratischen Kandidaten als gesichert erscheint.

In Charlottenburg wurden bei den Stichwahlen in der ersten und zweiten Abteilung mit Ausnahme von zwei sozialdemokratischen nur freirepublikanische Wahlmänner gewählt. — Somit ist die Wahl des Professors von Litz (frei. Volksp.) gesichert.

Vom Flottenverein.

Politisch oder unpolitisch?

In den nächsten Tagen tritt in Danzig der deutsche Flottenverein zu seiner Hauptversammlung zusammen. Auf ihr werden zwei Fragen vornehmlich die Gemüter bewegen; vielleicht sogar sie schieden: die Wahl des neuen Präsidiums und die Stellung des Vereins zum neuen Reichsgesetz. Seit der Kaiserlichen Tagung hat der Flottenverein bekanntlich ein provisorisches Präsidium. Aber die Bestrebungen, das alte wieder einzuführen, sind darum nicht zur Ruhe gekommen, und sie sind, wie die Dinge liegen, auch nicht so unverständlich. General Keim ist ein Mann von ungewöhnlicher Begabung für die Agitation, von seltener Hingabe und nicht ermattender Opferwilligkeit. Es ist wohl zu begreifen, daß eine solche Natur Begeisterung zu erwecken vermag und einen starken, bleibenden Eindruck auf die Anhänger ausübt. Aber hier steht denn doch wohl anderes in Frage. Ein paar Landesverbände stellen sich zwar an die Seite des früheren Geschäftsführers und drohen mit dem Austritt, falls General Keim und der ihm und seine Tätigkeit immer gedehnt hat: Fürst Salm-Horstmar, nicht von neuem dem Flottenverein vorgesetzt würden. Sie übersehen dabei, daß durch ein derartiges Verhalten der Zwist im Flottenverein verewigt würde, ja mehr noch; daß das den Verein auseinanderreiben würde. Die nationale Bedeutung des Flottenvereins hat immer darin bestanden, daß er die verschiedenartigen Kräfte zu gemeinsamer Aktion zusammenzuführen wolle; daß er Unterstützung über Zweck und Aufgabe einer starken deutschen Seewehr in alle Kreise trug — auch in solche, die sich einer bestimmten parteipolitischen Bearbeitung verweigern wollten; daß er eine Stütze bot, in der die Parteiloyalitäten schweben, die Unterschiede von Stamm und Konfession verschwand vor dem großen, der ganzen Volksgemeinschaft gebührenden Ziel. Das alles würde in dem Augenblick zerstört werden, wo man den Versuch erneuerte, das frühere Präsidium wieder auf den Stuhl zu heben. Ob zu recht oder unrecht; große Gruppen, auf deren Mitwirkung beim Ausbau unserer Flotte wir nicht verzichten können, empfinden den General Keim nun einmal als ihren Widerlager. Sie würden es ebenso schlechthin als einen gegen sie gerichteten Vorstoß auffassen, wenn man in Danzig daran gehen wollte, den Flottenverein, wie das von mehreren Seiten verlangt wird, für einen „nationalpolitischen Verein“ zu erklären. Darum nur! Als unpolitischer Verein hat der Flottenverein durch all die Jahre eine unheimlich nützliche, überaus dankenswerte Aufklärungsarbeit verrichtet, die Bestreuten gesammelt, die Vögel aufzurufen, die Zweifeln und Bedrückten geworden und überzeugt. Dabei sollte es nach unserm Dafürhalten bleiben. Zerstückelung haben wir genug in unserm Vaterlande. Demgegenüber darf es auch nicht ganz an Organisationen gekehren, die unerschöpflich sind an alle Bürger des Landes wenden; sie alle für einen bestimmten politischen Zweck zu gemeinsamer Arbeit vereinen und darum sorgfältig und behutsam vor vornereinander ausschließen, was die so Geeinten trennen und auseinanderbringen könnte.

Deutsches Reich.

Eine Kaiserbild für den König von Schweden.
Gegenständig des Berliner Aufenthalts des Königs von Schweden hat der Kaiser ihm mitgeteilt, daß er ihm demnächst ein Bild als Geschenk zugehen lassen werde. Bis jetzt wurde noch kein Beschluß darüber gefaßt, ob eines der vorhandenen Bilder — vor wenigen Tagen vollendete erst Kaiser Schwarz ein überlebensgroßes Bild des Kaisers, das ihm in voller Gestalt in der Uniform des Garde du Corpsprägen darstellt und mit einem ungewöhnlich großen und prächtigen Goldrahmen geschmückt ist — verwendet werden soll, oder ob der Kaiser zu einem neuen Bild sich wendet, doch ist letzteres wahrscheinlich, da seine Zeit gegenwärtig sehr befristet ist.

Bismarcks Büste in der Walthalla.

In München ist, der „Tägl. Rundschau“ zufolge, eine Anzahl nationalgeinnter Männer zusammengetreten, um die Aufstellung von Bismarcks Büste in der Walthalla bei Regensburg zu einer würdigen Feier zu gestalten. Die gleiche läbliche Absicht scheinen die offiziellen Kreise Münchens zu haben. Unser Münchner Mitarbeiter drückt uns, daß auch der Hof und die Ministerialräte mit der Ausarbeitung eines Programms für den feierlichen Akt be-

griffen seien. Die Aufstellung der Büste erfolgt am 29. Juli, dem Vorabend des Todestages Bismarcks.

Das Zentrum für das Reichstagswahlrecht in Preußen.

Einen interessanten Leitartikel veröffentlicht die „Germania“ in ihrer letzten Nummer. Das Zentrumorgan erörtert die Resultate der Landtagswahlen und ihre Bedeutung für die preussische Wahlrechtsreform und entwickelt dabei Thesen, denen man — mit einer gewissen Reserve — im allgemeinen zustimmen kann. Das Zentrum hat sich bekanntlich für die Uebertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen ausgesprochen, aber bisher seine Begeisterung für die Wahlreform nur in recht sanften Tönen geäußert. Jetzt plötzlich zeigt die „Germania“ eine bemerkenswerte Entscheidung: Sie stellt das Zentrum an die Spitze der Anhänger des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes und prüft etwas oberflächlich den gleichfalls für dieses Wahlrecht eintretenden freisinnigen Vereinen.

Der neue Landtag.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man der „Magdeburger Zeitung“ zufolge an, daß die formelle Tagung des Landtags zur zwei Tage, den 26. und 27. Juni, dauern wird. Das Abgeordnetenhaus wird an diesen Tagen die Wahlen in den Abteilungen prüfen, nachdem das Bureau die Prüfung vom 17. bis 21. Juni vorbereitet hat und das Präsidium wählte. Die Frage, ob der Landtag alsdann verlagt oder geschlossen werden wird, wird erst später entschieden.

Krankentassen und Verste

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, beginnen dort heute im Reichsamt des Innern vertrauliche Beratungen über das Verhältnis zwischen Krankentassen und Verste. Eingeladen sind Krankentassenvertreter und Verste in 15 der Richtungen, der freien und der beschränkten Artzweise, Nationalökonom und Männer der Praxis.

Die europäische Zuckerpflanzenferenz.

In Heidelberg beginnt heute die sog. europäische Zuckerpflanzenferenz, die von Vertretern sämtlicher europäischen Eisenbahnverwaltungen befristet ist. Namens der badischen Regierung wird Minister Schr. von Merz als I. die Vermählung begründen und den Verhandlungen bewohnen. Auf der Tagesordnung stehen 263 Verhandlungsgegenstände.

Gegen jede Monopolisierung der Spiritusindustrie.

Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Spiritus- und Spirituosenindustrieller hat in Dresden in einem Beschlusse die Reichsregierung ersucht um Erhebung gegen jede Monopolisierung der Spiritusindustrie. Die Verfilmung verlangt eine Zusammenlegung der bestehenden Einzelsteuern auf Branntwein zu einer einheitlichen Verbrauchssteuer von 90 Mk.

Die Antipolenpolitik.

Eine Folge der Antipolenpolitik, an die bei ihrer Inaugurierung wohl auch niemand von ihren Befürwortern gedacht hat, ist nach der „Liberaleen Revue“ die, daß in den Dipptroingen viele polnische Beamte in rein deutsche Städte abgeordnet worden sind und dort einen neuen Herd des Nationalismus bilden. Bekanntlich aus Danzig wird darüber angeklagt. Nach dort sind vertrieben die Pöln, aber auch andere Behörden systematisch alle polnischen Agitatoren unter den Beamten und Unterbeamten. Spawel von den Vorkunden beamten sind — wie berichtet wird — diese, die aus solchem Grunde nach Danzig verlegt wurden, weil sie sonst auf dem Lande bei ihrer polnischen Genußnahme obendrein noch die Diktanzulage erhalten würden. Wir möchten nicht unterlassen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Behörden auf die Gefahren der Ueberweisung deutscher Städte mit polnischen Elementen hinzuweisen, die sich dann bei Wahlen als die eifrigsten Agitatoren erweisen.

Die Festlegung des Osterfestes.

Die Festlegung des Osterfestes auf einen bestimmten Termin wird von vielen Handelskammern gewünscht, so auch die B. von der Kammer zu Münster, die in ihrem Jahresbericht für 1907 darüber folgendes ausführt:

„Der große Spielraum von 35 Tagen, innerhalb dessen die Lage des Osterfestes nach seiner gegenwärtigen Bestimmung sich ändern kann, wirkt in vieler Beziehung nachteilig für den Handel sowohl wie für die Industrie, besonders in denjenigen Geschäftszweigen, welche sich mit dem Absatz und der Herstellung von Modewaren, Konfektion und Manufakturwaren betreffen, weil das Osterfest für das gesamte Frühjahrsgeschäft in diesen Branchen maßgebend ist. Ein im Jahre 1896 von dem Direktor der Bekleid. Sternwarte, Geheimrat Professor Wilhelm Förster, gemachter Vorschlag, das Osterfest auf den dritten Sonntag nach dem Tage des Frühlingsäquinox auf dem Meridian von Jerusalem zu legen, wodurch die Schwankung des Festes auf die Zeit von 4. bis 11. April eingeschränkt würde, hat damals bei allen maßgebenden einflussreichen und weltlichen Stellen, insbesondere auch dem römischen Stuhle, Zustimmung gefunden mit alleiniger Ausnahme von Rußland.“

Angeregt von der Handelskammer Ulm, ist die Frage der Festlegung des Osterfestes neuerdings auch in den Handelskammern wieder zur Erörterung gestellt worden. Die Vereinigung von Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks faßt dazu folgenden Beschluß:

„Die Vereinigung von Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks hält die Festlegung des Osterfestes auf einen bestimmten Sonntag im Interesse des gesamten bürgerlichen Lebens für dringend erwünscht und begrüßt lebhaft die Vorschläge, die gegenwärtig jenes Ziel zu erreichen suchen.“

Berbilligung des Briefpostes in Verkehre mit America?

Wie die „Reinisch-Westfälische Ztg.“ aus Washington erfährt, erkläre der Generalpostmeister Meyer, es befürworte den Zwei-Cent-Briefpostverkehr mit allen durch Postdampfer leicht erreichbaren Ländern. Man erwartet die baldige Einführung des Zwei-Cent-Postes mit Deutschland, Italien und Frankreich.

Aus den Kolonien.

Hauptmann Dominik und der Tod des Sultans von Madagali.

Im Maiheft der „Geogr. Zeitschr.“ bespricht Professor S. Passarge, der bekannte Afrikaforscher, das Buch des Hauptmanns Dominik „Von Atlantik zum Indischen“ und schreibt dazu zum Schluß:

„Einen Keinen Vorwurf möchte ich dem Verfasser doch nicht erproben. Aber es ist nicht nötig, auf Abohgeschichten und empfindsame Seelen in Deutschland so viel Rücksicht zu nehmen, den verräterischen Lembo von Madagali im Gefolge folgen zu lassen, während Dominik ihn doch kriegsrechtlich hat hinstücken lassen.“

Es ist richtig, es befehlt da offenbar ein Widerspruch mit den Tatsachen. Wir haben, so schreibt die „Frankf. Ztg.“, der wir diese Zeilen entnehmen, hier bereits vor drei Jahren darauf hingewiesen, daß der Sultan Bolari von Madagali in Kamerun 1902 hingerichtet worden ist, und zwar für sein Verhalten, das man verräterisch zu nennen bequiem genug ist, das ihm aber nach der schönen Auffassung von der „Treu“ zum angemessenen Herrscherhause“ eher einen Orden als den Tod hätte eintragen sollen. Bolari war Lehmanns des Sultans Suburu von Zola, dessen Reich die weisperrigste Diplomatie zwischen England und Deutschland aufzuwickeln für gut gefunden hatte. Als dann Suburu nach England vertrieben und zum Uebertritt auf deutsches Gebiet genötigt worden war, bewachte Bolari trotz der von Dominik dafür angekündigten Todesstrafe seinen Oberherrn die Treue, schützte und verlorb den Gejagten, tat also etwas, wofür man bei uns für ewige Zeiten einen Ehrenplatz in allen Zielen und Gesbüchern bekommt. Bolari aber starb durch die Hand des Sinters. F. Bauer erzählt in seinem Reisetagebuch darüber:

„Der alte Lamido von Madagali gefand freimütig sein Vergehen ein, und Oberleutnant Dominik war zu seinem eigenen jüdenrischen Bedauern genötigt, das Todesurteil an dem prächtigen alten Herrn zu vollziehen, der mit launenswerter Ruhe und Unerföhrenheit den letzten Gang getan hat.“

Demgegenüber erzählt Dominik ausführlich seinen Ueberfall auf den Ort Madagali und bemerkt, Bolari sei unter den Erföhrenen gewesen! Der Widerspruch ist eigentümlich. Da Dominik natürlich kein Buch, bevor er es in den Druck geben konnte, dem Kolonialamt hatte vorlegen müssen, so liegt die Verantwortung nahe, daß da mit seiner Darstellung sozusagen Geichichtsstrahl hat verfahren wollen. Dazu würde auch die befreumdliche Tatsache stimmen, daß über jene Kämpfe in Adamaua ein Bericht im „Kolonialblatt“ erschienen ist. Wohl auch Konzession an die „Uebelgefimmten und empfindsamen Seelen in Deutschland“? Daß die Hinrichtung des „prächtigen alten Herrn“ unbedingt notwendig gewesen ist, will uns nicht einleuchten, und im übrigen hat sie auch nichts genützt. Doch die Geschichte liegt weit zurück, und die Freude darüber, daß Dominik immer wieder der Kolonie Kamerun erhalten bleibt, ist bei vielen Leuten groß.

— Turner aus Deutsch-Südwestafrika auf dem Turne in Frankfurt a. M. Wie wir bereits früher erwähnt haben, nehmen an dem vom 18. bis 22. Juni stattfindenden Turne in Frankfurt a. M. zum ersten Male deutsche Turner aus den Kolonien teil. Die Abordnung, welche sich aus Mitgliedern der Turnvereine Esmatpund, Windbit, Karibib zusammensetzt, wird mit ihnen fahren unter Führung des Kaisersekrejärs Thomas am Festzuge teilnehmen.

Parteinachrichten.

Die Frage des Klassenkampfes.
In der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ äußert sich der Buchdruckerei-Gewerkschäftler Emil Döblich über die Frage des Klassenkampfes. Er vertritt energisch die Idee der Tarifvertragspolitik und verpörrtet die Leute, die in dieser Idee eine „Harmoniebufele!“ und eine Verleugung der „Klassenkampf“-Idee erblicken. Er schreibt u. a.:

„Tragt man nun, wesentlich verschiedenlich die Betonung des Klassenkampfes für unerwünscht erachtet wird, so bleibt nur die Erklärung übrig, daß man glaubt, damit besser wirken zu können; oder aber der Sache damit genügt wird, ist zu bewußt. Gewiß ist es für den Weltmarkt und der Arbeiter ein dankbares Thema, den Gegenfah pflichten Kapital und Arbeit zu betonen und die Hörer mit einigen Schlagworten zu entzuspüren, als in nächsterner Ummägung der tatsächlichen Verhältnisse friedliche Abmachungen zu vertreten. Ja, es muß gesagt werden, daß wirtschaftliche Ueberlagen, wenn sie mit dem erföhrenlichen Brimborium verzuert werden, von vielen höher bewertet werden als ein durch kampflöse Verbündung erzielter Erfolg.“

Man könnte man es je jedem überlassen, seine Ueberzeugungen über den Klassenkampf zu haben, es ist ihm beliebt, wenn er lediglich als theoretische Erörterungen zu bewerten wozu. Aber die Wirkung der „unentgegen“ Betreibung dieses Standpunktes jedoch für die Gewerkschaften und für die Existenz der Arbeiter von so einschneidender Bedeutung, daß es das größte gemeininteressere erfordert, diesem schädlichen „Radikalismus“ entgegenzutreten. Es sei nur an die Vorkommnisse im vorigen Jahre im Baugewerbe erinnert, wo die Organisationsleitung dringend von einem Kampfe abriet und zur Beruhigung mahnte; den lafsampfer Reden gegenüber habe sich jedoch der auf genauer Kenntnis der Verhältnisse beruhende Stand der Leitung wirkungslos: gegen ihren Willen wurde in Berlin der Kampf aufgenommen und er endete mit einer Niederlage. Tadellos ist es hervorzuheben, daß die Regierung, sich an „radikal“ Reden zu beteiligen, erst durch schwere Schädigungen von Exzellenz eingebremt werden muß, und daß der Wert kampflöser Ergründungen so geringe Wirkung findet.“

Was Obilin hier sagt, ist Wort für Wort richtig und wird von den ruhigen Gewerkschaftlern auch rundweg gebilligt.

Allgemeine Mitteilungen.

— Reichsangehörigen, die im Ausland hiefs, bedürftig werden, steht, wie der Handelsminister aus Anlaß eines Einzelfalles bekannt gibt, ein Anspruch auf Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ihres Heimatlandes nicht zu.

— Der Postdebetverehr soll in Bayern gleichfalls am 1. Januar 1909 eingeföhrt werden mit Schadlosten in München, Nürnberg und Ludwigshafen a. Rh. Die Beamten sind für den neuen Dienst bereits zum 1. Oktober einberufen.

Heer und Flotte.

— Kaiserliche Marine. S. M. S. Condor ist am 2. Juni in Apia eingeföhrt und geht am 24. Juni nach Suva weiter. S. M. S. Corolev ist am 9. Juni von Thierapaa nach Tahao in See gegangen. S. M. S. Seeadler ist am 9. Juni in Nilua Kwindsje eingeföhrt und geht am 10. Juni nach Kismore. S. M. S. Delphin ist am 8. Juni in Kiel angekommen. S. M. S. Albat am 9. Juni von dort in See gegangen

Ausland.

Einfuhr deutschen Weines in die Schweiz.
Wie aus Bern gemeldet wird, fand dort eine neue Beratung zwischen den Vertretern des Bundesrates und den schweizerischen Mitgliedern der kürzlich in Zürich abgehaltenen Konferenz wegen der Einfuhr deutschen Weines statt, wobei in erster Linie die Frage geprüft wurde, ob der von den Schweizer Wärlern vorgelegene Zuschlagszoll von 240 Fr. genimmgen werde, um die Einfuhr der deutschen Ausfuhrprämie aufzuheben.

Der Einmarsch der Franzosen in Cabablanca.

Aus Madrid wird gemeldet: In politischen Kreisen bespricht man günstig die von General d'Almada an die spanischen Offiziere ergangenen Einladungen dem Einmarsch der französischen Truppen in Cabablanca beizupföhlen. Man erkennt gern an, daß alle bis jetzt bei der Regierung eingelassenen Nachrichten ein gutes Verhältnis zwischen der französischen und spanischen hohen Militärs bekunden. Diese guten Beziehungen sind der Ausbruch einer herzlichen Freundschaft. Zwischenfälle rein privaten Charakters, die sich zwischen einigen Soldaten ereigneten, würden das ausgezeichnete Verhältnis zwischen den Truppen beider Länder nicht erschüttern lassen. — Die „Epoca“ sagt, die Regierung werde an ihrer marokkanischen Politik festhalten, ohne den Unzufriedenen Gehör zu schenken.

Chile und Peru.

Aus Santiago de Chile meldet ein Telegramm: Die chilenische Regierung, die bemüht ist, Mittel zu finden, um die bestehenden Schwebereitigkeiten hinsichtlich des Friedens- und des Freundschaftsvertrages zwischen Chile und Peru zu lösen, hat an den peruanischen Gelehrten in Santiago eine offizielle Note gerichtet, in der vorgeschlagen wird, den Vertrag dahin abzuändern, daß zwei Millionen Entschädigung von demjenigen Lande zu zahlen sind, das seit dem pazifischen Kriege unter der Herrschaft Chiles stehenden Provinzen endgültig behält. Die chilenische Regierung schlägt vor, Handelsverträge einzugehen und die Hauptstädte der beiden Nationen durch eine internationale Eisenbahnlinie zu verbinden. Der peruanische Gelehrte antwortete, seine Regierung wüßte, vorher die Nationalitätenfrage in den Provinzen zu lösen.

Kleine Tagesnachrichten.

— Die biederliche Regierung legte dem Abgeordnetenhaus Vorlagen vor über Erhöhung der Branntweinsteuer um 10 Heller für das Liter Alkohol (Gesamthöhe daher 140 Kr. das Setteliter) und über die Gründung der Finanzen der Kolonien durch Ueberweisung eines Teiles der Branntweinsteuer und Herabsetzung der Realsteuern.

Der evangelisch-soziale Kongress in Dessau.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Dessau, 10. Juni. (Telegraphischer Bericht.)
Im Evangelischen Vereinshaus wurde gestern die 19. Tagung des Evangelisch-sozialen Kongresses mit einem

Fussboden-Platten, Trottoir-Platten, Wand-Platten und Wand-Verblender, Möbel-Einlagen, Fliesen-Badewannen

glasierete, transportable und feste

u. s. w.

Halle a. S. **Ed. Lincke & Ströfer.** Nottleben bei Halle a. S.

